

## Verbesserungen bei Lärmschutz und Barrierefreiheit im Gesprächs-Mittelpunkt zwischen Bahn und Kreis



Zufriedene Gesichter nach dem offenen Gespräch im Landratsamt (von rechts): Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler, Landrat Thorsten Stolz, Professor Dr. Dirk Rompf und Gerd-Dietrich Bolte (DB Netz AG).

02.03.2018. – Zu einem Spitzengespräch im Main-Kinzig-Forum haben sich jetzt der für Netzplanung und Großprojekte verantwortliche Vorstand der DB Netz AG, Professor Dr. Dirk Rompf, sowie der Leiter „Großprojekte Mitte“, Gerd-Dietrich Bolte, mit Landrat Thorsten Stolz und der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler getroffen. Den persönlichen Informationsaustausch nutzten der Landrat und die Erste Kreisbeigeordnete dazu, um noch einmal eine Verbesserung des Lärmschutzes entlang der Bestandsstrecke und einen barrierefreien Ausbau der Bahnstationen einzufordern. Im Zuge des Gesprächs sagten die Bahnvertreter dem Main-Kinzig-Kreis zu, dass die so genannte Variante acht in den kommenden Wochen einer gleichberechtigten Prüfung und Bewertung auf der gesamten Länge unterzogen werde.

„Mit dieser gleichberechtigten Prüfung sowie der gezeigten Offenheit für das Nachrüsten des Lärmschutzes entlang der Bestandsstrecke, unabhängig von der Ausbauvariante, und einem barrierefreien Ausbau der Bahnstationen, geht die Bahn auf wesentliche Kernforderungen des Main-Kinzig-Kreises ein. Alleine schon deshalb kann das Gespräch als gut bewertet werden“, ziehen Thorsten Stolz und Susanne Simmler ein erstes Fazit.

Bereits einige Tage zuvor hatten sich der Landrat und die Erste Kreisbeigeordnete zu einem Grundsatzgespräch mit Hessen Verkehrs- und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir in Bad Hersfeld getroffen. Auch dabei hatte die Kreisspitze die Erwartungshaltung formuliert, dass eine Ausbauvariante umgesetzt werde, die die geringsten Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität der Menschen im Main-Kinzig-Kreis hat. „Die Frage der Wirtschaftlichkeit spielt aus Sicht des Kreises bei diesem Jahrhundertprojekt eine untergeordnete Rolle“, fassten Thorsten Stolz und Susanne Simmler die Ausgangslage zusammen.

Im jüngsten Gespräch mit den verantwortlichen Führungskräften der DB Netz AG standen die zentralen Forderungen des Kreistages im Mittelpunkt. Gefordert werden das Nachrüsten von Lärmschutz entlang der Bestandsstrecke – und zwar losgelöst von jeglicher Ausbauvariante – sowie die durchgängige Herstellung der Barrierefreiheit an allen Empfangsgebäuden und Bahnsteigen zwischen Gelnhausen und Sinntal. „Da die Menschen im Main-Kinzig-Kreis die Belastungen durch den Ausbau zu tragen haben, müssen auch klare Vorteile herausgearbeitet und konkrete Verbesserungen in Sachen Lärmschutz und Barrierefreiheit herbeigeführt werden“, wiederholten Thorsten Stolz und Susanne Simmler die Erwartungen des Landkreises.

Die Umsetzung der „Bedingungen der Region“ vorbereiten

Für die Vertreter der DB Netz AG, Professor Dr. Dirk Rompf und Gerd-Dietrich Bolte, sind solche Konflikte bei entsprechenden Großprojekten keine Seltenheit. Doch mit der neuen Bedarfsplanumsetzungsvereinbarung (BUV) zwischen Bund und Deutscher Bahn wurde zum Jahresbeginn eine Grundlage geschaffen, auf deren Basis solche „übergesetzlichen Forderungen“ betrachtet und geplant werden können. Es handle sich dabei um eine Möglichkeit, die Umsetzung der „Bedingungen der Region“ aus dem jeweiligen Dialogforum vorzubereiten.

Die konkrete Finanzierung und damit die tatsächliche Umsetzung der geforderten Maßnahmen hängt dann von einer entsprechenden politischen Entscheidung des Deutschen Bundestages ab. Bei einem Verkehrsprojekt von solch großer strategischer Tragweite ist dieses Instrument „ein hoffnungsvoller und realistischer Weg“, wie Landrat Thorsten Stolz und die Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler bekräftigten. Hier sei es dann die maßgebliche Aufgabe der örtlichen Bundestagsabgeordneten, in Berlin „eine erfolgreiche Überzeugungsarbeit“ zu leisten.

Die Vertreter der DB Netz AG und die Kreisspitze vereinbarten in ihrem rund einstündigen Informationsaustausch, diesen konkreten Ansatz in enger Abstimmung weiter zu verfolgen. Außerdem wurde verabredet, dass im Planungsverfahren auch die Variante acht gleichberechtigt und ergebnisoffen in vollem Umfang geprüft wird. Abschließend verständigten sich beide Seiten darauf, dass ein vom Kreis eingesetztes Planungsbüro einen direkten Zugang zu den entsprechenden Unterlagen erhält. Der Auftrag zur fachlichen Begleitung und Beratung im Rahmen dieses Großprojektes liegt dem Kreisausschuss in der kommenden Woche zur Entscheidung vor.

